



**Petition «Endlich bezahlbarer Wohnraum für Zug!»**  
(Vorlage 3845.1 - 00000)

Bericht und Antrag der engeren Justizprüfungskommission  
vom 20. August 2025

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

## **1. Sachverhalt**

Am 29. November 2024 reichte die Alternative - die Grünen Kanton Zug zusammen mit den jungen Alternativen die Petition «Endlich bezahlbarer Wohnraum für Zug!» ein. Zusammengefasst stösst die Petition die Debatte für wirksame Massnahmen der in Zug zu hohen Durchschnittsmietpreise an. Die Mietpreise sind gemäss dem Petitionstext 50% über dem Schweizer Durchschnitt. Die Petition fordert wirksame Massnahmen, damit der Wohnraum im Kanton Zug bezahlbar wird.

An der Kantonsratssitzung vom 29. November 2024 wurde die Petition zuständigkeitshalber der engeren Justizprüfungskommission (JPK) zu Bericht und Antrag überwiesen, worauf die JPK am 12. Dezember 2024 den Regierungsrat des Kantons Zug zur Stellungnahme einlud. Am 14. Januar 2025 reichte der Regierungsrat eine Stellungnahme ein. Der Regierungsrat beantragte die Petition abzulehnen. Der Mitbericht der Regierung wurde aufgrund eines laufenden Verfahrens als «Nicht öffentlich» deklariert. An diesem Umstand hat sich bis heute nichts geändert, zumal das Verfahren noch immer am Laufen ist. Dieser Mitbericht ist deshalb nicht als Beilage angefügt.

An ihrer Sitzung vom 20. August 2025 hat die JPK die Petition der Alternative - die Grünen Kanton Zug sowie den Bericht des Regierungsrates beraten. Sie ist mit 5 zu 1 Stimmen (bei einer Abwesenheit) zum Schluss gekommen, dass der Petition keine Folge geleistet wird. Die Kommission schliesst sich mehrheitlich der Begründung gemäss Stellungnahme des Regierungsrats an.

## **2. Erwägungen**

Der Petitionstext führt aus, dass der Kanton Zug die höchsten Durchschnittsmietpreise sowie den geringsten Leerwohnungsbestand in der Schweiz hat. Doch die Zuger Regierung sei gemäss Petitionstext der Ansicht, dass der Mittelstand «halt» in Nachbarkantone ziehen soll. Hierbei werden endlich wirksame Massnahmen von der Zuger Politik gefordert. Der Petitionstext führt verschiedene Massnahmen auf, welche die Zuger Politik ergreifen könnte. Darunter fordert die Petition beispielhaft die Schaffung eines Wohnbaufonds auf dem Eigenkapital des Kantons, erhöhte Ausnutzungsziffern für gemeinnützige Wohnbauten oder verbindliche Richtwerte für bezahlbare Wohnungen bei grossen Neubauten. Insgesamt fordert die Petition, dass der Kanton Zug die geeigneten Massnahmen gegen die Wohnungsnot auf Kantonsebene ergreift.

Das grundsätzliche Kernanliegen der Petition ist eine Lösung für die schwierige Lage auf dem Zuger Wohnungsmarkt, die insbesondere bezahlbaren Wohnraum schafft. Hierbei hat der Regierungsrat am 17. September 2024 die «Wohnpolitische Strategie 2030» verabschiedet. Der Regierungsrat führt in seiner Stellungnahme vom 14. Januar 2025 aus, dass die Anliegen und vorgeschlagenen Massnahmen bei der Erarbeitung der Wohnpolitischen Strategie 2030 diskutiert wurden. Der Regierungsrat

stützte sich bei der Ausarbeitung der Strategie auf statistische Grundlagen, verschiedene Inputreferate sowie auf zahlreiche Studien zum Thema Wohnraum.

Die Petition fordert zum Beispiel ein Vorkaufsrecht für die Gemeinden, um Land für sozialen Wohnungsbau zu kaufen. Diese konkrete Massnahme erscheint nicht zielführend, zumal ein Vorkaufsrecht die Eigentumsfreiheit von Privatpersonen sehr stark einschränkt. Immobilientransaktionen würden dadurch komplizierter und es gäbe Verzögerungen. Ein weiteres Beispiel der geforderten Massnahme ist, dass bei gemeinnützigen Wohnzwecken eine höhere bauliche Auslastung zu erlauben sei. Die von der Petition geforderte Ausnutzungsziffer wird bereits heute im Rahmen von Bebauungsplänen für gemeinnützige Wohnungen breit angewendet. Insgesamt kam die engeren JPK zum Schluss, dass die von der Petition geforderten Massnahmen bereits im politischen Kontext diskutiert wurden oder teilweise nicht tragbar sind, bzw. bereits angewendet werden.

Die Mehrheit der JPK teilt die Meinung des Regierungsrats, wonach bereits diverse andere Vorstösse, mit der gleichen Thematik politisch behandelt wurden. Mit den in der Petition aufgebrachten Punkte und geforderten Massnahmen hat sich die Regierung bei der Ausarbeitung der «Wohnpolitischen Strategie 2030» auseinandergesetzt. Die Strategie der Regierung zielt zudem ebenso darauf ab, dass mit geeigneten Massnahmen mehr Wohnraum geschaffen wird. Der Petitionszweck wird durch die vom Regierungsrat verabschiedete «Wohnpolitische Strategie 2030» abgedeckt.

Zusammengefasst ist die Petition zur Kenntnis zu nehmen, ihr jedoch keine Folge zu leisten.

### **3. Antrag**

Gestützt auf die vorstehenden Erwägungen beantragt die engere Justizprüfungskommission dem Kantonsrat mit 5 zu 1 Stimmen (bei einer Abwesenheit):

Die Petition vom 29. November 2024 der «Alternative - die Grünen Kanton Zug» sei zur Kenntnis zu nehmen; es sei ihr keine Folge zu leisten.

Zug, 20. August 2025

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Namen der engeren Justizprüfungskommission

Der Präsident: Thomas Werner

Mitteilung an:  
Alternative - die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug